

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am Montag, 26.11.2012, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Djure Meinen
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Köhler
Ausschussmitglieder:	Jürgen Bruns Hergen Eilers Dr. Susanne Engstler Jörn Kickler Bernd Redeker Maren-Susan Toepler Jörg Weden Dorothea Weikert
hinzugewählte Ausschussmitglieder:	Hans-Georg Buchtman Encarnacion Luque-Aleman Hans-Lothar Macht Lothar Pupkes
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Heinz Peter Boyken Karl-Heinz Funke Walter Langer Georg Ralle Hannelore Schneider
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
Gleichstellungsbeauftragte: von der Verwaltung:	Brigitte Kückens Rolf Heeren Dirk Heise Sabine Spranger
Gäste:	Volker Beier

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport vom 15.10.2012**
- 3 **Einwohnerfragestunde KSp/006/2012**
- 4 **Anträge an den Rat der Stadt**
- 4.1 Grandschulkonzept 2013
- Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel

- 4.1.1 Beschluss 1 - 1. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
- 4.1.2 Beschluss 2 - 2. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
- 4.1.3 Beschluss 3 - 3. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
- 4.1.4 Beschluss 4 - 4. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
- 4.1.5 Beschluss 5 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel
- 5 **Stellungnahmen für den Bürgermeister****
Kein Tagesordnungspunkt
- 6 **Zur Kenntnisnahme****
- 6.1 Durchführung einer Elternbefragung - Bekanntgabe der Ergebnisse
- 6.2 Antrag TuS Varel 09 auf Errichtung eines Großfeldes auf dem Deharde Sportplatz

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Meinen eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest. Er teilt mit, dass der von der Fraktion ZUKUNFT VAREL eingegangene Antrag vom 22.11.2012 als Änderungsantrag zum TOP 4.1. behandelt wird. Einvernehmlich wird der TOP 6.1. vorgezogen.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport vom 15.10.2012

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport vom 15.10.2012 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde KSp/006/2012 Vorlage: 485/2012

Der Ausschussvorsitzende Meinen eröffnet die Einwohnerfragestunde. Er teilt mit, dass schriftliche Anfragen von Frau Dorit Gieseke-Rohrmann und Frau Tanja Hofer vorliegen. Die Fragen beantwortet der Bürgermeister. Die Schreiben sowie die entsprechenden Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ein weiterer Einwohner meldet sich zu Wort und fragt nach, ob in der heutigen Sitzung eine Schulschließung der Grundschulen Altjührden und Borgstede zum 01.08.2014 erfolgen soll.

Dieses beantwortet der Bürgermeister mit „Ja“.

Weiterhin möchte er wissen, warum bereits am 20.11.2012 eine Beschlussvorlage zur Schließung der beiden genannten Grundschulstandorte vorlag, obwohl erst am 19.11.2012 mit der Mehrheitsgruppe darüber diskutiert wurde. Für ihn entsteht der Eindruck, dass eine Beteiligung der Eltern von vornherein nicht gewollt war. Für die Borgsteder Eltern geht es nicht um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Sondern es geht um den Erhalt des Konzeptes der Grundschule Borgstede. Die Umsetzung dieses Konzeptes für die Grundschule Langendamm ist in einem Zeitraum von 1 ½ Jahren nicht leistbar.

Der Bürgermeister teilt ihm mit, dass die Ergebnisse der Diskussion vom 19.11.2012 in Rücksprache mit Herrn Bruns am 20.11.2012 in die Vorlage eingearbeitet wurden.

Ein weiterer Bürger möchte wissen, inwieweit die Bedeutung einer Grundschule für die Dorfgemeinschaft eine Rolle spielt.

Der Bürgermeister sieht die Grundschule als einen Teil des Dorfes. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass adäquater Unterricht entsprechend des niedersächsischen Schulgesetzes stattfinden muss. Das Zusammenspiel eines Dorfes und seiner Grundschule ist vom demografischen Wandel abhängig. Bei sinkenden Schülerzahlen muss man sich die Frage stellen, ab wann Grundschulschließungen erforderlich sind. Grundsätzlich ist eine Grundschule immer wichtig.

4 Anträge an den Rat der Stadt

4.1 Grundschulkonzept 2013 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel

Die Verwaltung verweist auf die der Einladung beigefügten Vorlage. Herr Heeren trägt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss vor. In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass es im Bereich der Stadt Varel zur Zeit keine Satzung über die Festlegung der Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel gibt. In der Vergangenheit wurden die Einzugsbereiche durch einen Beschluss festgelegt. Dieser sehr alte Beschluss bedarf der Überarbeitung.

Der Ausschussvorsitzende Meinen bittet die Fraktion ZUKUNFT VAREL den von ihr eingereichten Antrag zu erläutern.

Das Ausschussmitglied Toepler trägt zunächst den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL vor. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 15.10.2012 gestellten Antrag der Fraktion. Die Entscheidung über die Verabschiedung eines Grundschulkonzeptes kann in so kurzer Zeit nicht getroffen werden. Sowohl in den Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport als auch bei der Informationsveranstaltung der Mehrheitsgruppe wurde über pädagogische Konzepte, Schulqualität sowie schulorganisatorische Voraussetzungen diskutiert. Der Schulträger ist nur für die schulorganisatorischen Voraussetzungen zuständig. Pädagogische Konzepte sowie die Schulqualität können in diesem Ausschuss nicht bewertet werden. Ihr ist es wichtig, dass man zur Kenntnis nimmt, dass dies unterschiedliche Dinge sind. Man hatte seit den letzten Diskussionen im Jahr 2009 genügend Zeit, die Erarbeitung eines Grundschulkonzeptes auch demokratisch abzustimmen. Sie kann dafür Verständnis aufbringen, dass die Schulgemeinschaft sich übergeben

fühlt. Sie verweist auf die Verordnung zur Schulorganisation. Es besteht für Schulen, die nicht einzügig geführt werden, die Möglichkeit mit benachbarten Schulen eine Kooperationsgemeinschaft zu bilden. Auch diese Möglichkeit wurde nicht in Betracht gezogen.

Ratsherr Funke dankt zunächst den Eltern und Lehrern, die sich für ihre Schulen eingesetzt haben und auch einsetzen. Bei den Schulen kommt es sicherlich auf die Ausstattung an. Genauso wichtig ist es aber, dass Lehrer und Eltern sich mit ihrer Schule identifizieren. Bereits in der Vergangenheit haben wir dies an verschiedenen Schulstandorten erfolgreich festgestellt. Über diese hervorragende Zusammenarbeit sollte sich der Schulträger freuen. Er richtet daher einen letzten Appell an alle, diesen Beschluss heute nicht zu fassen. Er gibt Herrn Beier Recht, dass die Elternbefragung wie erwartet ausgefallen ist. Was die Nähe der Schule zum Wohnort anbelangt war Herr Funke positiv überrascht. Bereits in den Jahren 2008/2009 hat er die Diskussionen in den Protokollen und den Zeitungsberichten über die Schließung von Grundschulstandorten verfolgt. Nach wie vor sollen die Schulstandorte nicht aus finanziellen oder pädagogischen Gründen geschlossen werden. Grundsätzlich gehören pädagogische Entscheidungen dorthin, wo auch die Pädagogik umgesetzt wird, nämlich an die Schulen. Weitere, echte Gründe für die Schließung von Grundschulstandorten hat er nicht vernommen. Er zitiert die Aussage von Herrn Bruns aus der Informationsveranstaltung im Tivoli, dass man vor einer großen Entscheidung mit einer weitreichenden Auswirkung steht. Für diese richtige Aussage muss es ganz entscheidende, substantiell richtige Gründe für die Schließung von Schulen geben. Vor einem Grundsatzbeschluss zur Schließung von Grundschulstandorten sollten Konzepte mit Lehrern und Eltern entwickelt werden. Er erinnert an die Aussagen der SPD im Jahre 2008/2009, dass es keine Schulschließungen gegen den Willen von Eltern geben wird. Seine Meinung kann man ändern, wenn es neue Gründe dafür gibt. Diese sind ihm nicht ersichtlich. Er erinnert an das Jahr 1981. Die damalige Hauptschule Obenstrohe mit Orientierungsstufe sollte von der Bezirksregierung und der Kultusbürokratie in Hannover aufgelöst werden. Es sollte einen großen Schulstandort am Schulzentrum Arngast geben. Für den Schulstandort Obenstrohe wurde gekämpft und er blieb erhalten. Selbst wenn die Landesschulbehörde für die Schließung des Grundschulstandortes Altjührden plädieren würde, lohnt es sich dafür zu kämpfen. Hier sind wir den Dörfern verpflichtet. Er zitiert den Landtagsabgeordneten Christian Dürr, dass man vor allem nicht zuerst die Schulen schließen darf. „Stirbt die Schule, so stirbt das Dorf“. Ratsherr Funke stimmt dem Kern der Aussage zu. Für ihn lohnt es sich, für diese Schulen zu kämpfen, vor allem vor der Aussage der Eltern, diese Schulen seien „Perlen“. Das Elternrecht wird in der Historie immer sehr hoch angesiedelt. In der Praxis wird dieses nicht umgesetzt. Die Grundschule Borgstede sollte in der Vergangenheit bereits 3 mal geschlossen werden. Dennoch war dieses bisher immer zu vermeiden gewesen. U. a. auch deswegen, weil man neue Baugebiete ausweisen konnte, um die Schülerzahlen zu erhöhen. Die Ansiedlung eines Lebensmittelbetriebes in Roffhausen bietet der Stadt Varel die Möglichkeit, ein Konzept auszuarbeiten, dass die Menschen, die in Roffhausen arbeiten, die Stadt Varel als Wohnort wählen. Diesen Eltern sollte man kostengünstig Grundstücke anbieten. Am Beispiel der Grundschule am Hafen kann man dieses erkennen. Es wurden neue Baugebiete ausgewiesen und die Schülerzahlen änderten sich. Diese grundlegende Überlegung sollte angestellt werden, ohne dass man zu diesem Zeitpunkt weiß, ob man geeignete Grundstücke findet. Man sollte diese Chance und die Möglichkeit ergreifen, um dem Elternwillen gerecht zu werden.

Das Ausschussmitglied Eilers stellt dar, dass die sinkenden Geburtenzahlen nicht weg zu diskutieren sind. Eine Trendumkehr ist nicht absehbar. Eine Enge in den

aufnehmenden Grundschulstandorten kann er nicht feststellen. Der Übergang der zu schließenden Grundschulen an die aufnehmenden Grundschulen sollte erfolgen. Bereits 2009 wurden diese Diskussionen geführt. Ein Arbeitskreis zur Erarbeitung von Konzepten wurde eingerichtet. Dieser konnte jedoch auf Grund der politischen Situation zu keinem eindeutigen Ergebnis gelangen. 2009 die Entscheidung zu treffen, 2012/2013 zu entscheiden, war richtig. Ein jetziges Handeln ist aber unabdingbar, da der bereits 2009 prognostizierte Trend eingetroffen ist. Die Schulen müssen eine Perspektive haben. Zum Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL vermisst er eine konkrete Idee, wie dieser umzusetzen sein könnte. In der Grundschule Borgstede werden 2018 perspektivisch nur noch 25 Kinder sein. In der Grundschule Altjührden werden es 35 Kinder sein. Auch die Schülerzahlen in Obenstrohe werden 2018 auf ca. 100 Kinder gesunken sein. Diese Schule wurde für eine Schülerzahl von 250 Kindern gebaut. Unabhängig davon, ob die Aufrechterhaltung kleiner Schulen sinnvoll ist oder nicht, ist die Auslastung der Gebäude nicht erklärbar. Es gibt aber Entwicklungen auf die Rücksicht genommen werden muss. Dazu gehören die Einrichtung einer Ganztagschule, die Inklusion sowie die Förderung der Hochbegabten. Eine gewisse Grundgröße ist für ihn jedoch Voraussetzung, um dieses bedarfsgerecht darstellen zu können. Anzumerken ist, dass die kleinen Grundschulen sich sehr innovativ gezeigt haben. Die Grundschule am Hafen hat als erste Grundschule das Konzept einer Ganztagschule ausgearbeitet. Die Grundschule Altjührden hat sich durch die integrative Beschulung behinderter Kinder hervorgetan. In der Grundschule Borgstede hat man aus der Kombiklasse eine Eingangsstufe gemacht. Ihm stellt sich die Frage, ob diese von den Eltern bezeichneten „Perlen“ durch die Schließung zwangsläufig zertreten werden. Für das Ausschussmitglied Eilers ist dies vom wirklichen Willen abhängig. Seitens der Mehrheitsgruppe SPD/CDU/FDP ist das nicht gewollt. Dennoch muss man sich vor Augen halten, welche Zuständigkeiten gegeben sind. Die Stadt Varel als Schulträger ist für die Ausstattung der Schulen zuständig. Ein tatsächliches Eingreifen in pädagogische Konzepte ist nicht möglich, auch wenn seiner Meinung nach dies zusammengehört. Es sollten daher die Voraussetzungen geschaffen werden, dass der Unterricht gesichert ist und perspektivisch langfristig stattfinden kann. Er ist der Meinung, dass pädagogische Konzepte auch in 1 ½ umgesetzt werden können, wenn dies von Schulleitungen gefördert wird und die Lehrer, die jetzt in den pädagogischen Konzepten arbeiten, auch an den aufzunehmenden Schulen arbeiten können. Seitens der Mehrheitsgruppe wünscht man sich, dass die Umsetzung der pädagogischen Konzepte durch die Bildungsregion Friesland begleitet wird.

Das Ausschussmitglied Bruns erinnert an die bereits in 2008/2009 geführten Diskussionen über die Schließung von Grundschulstandorten. Er ist der Meinung, dass nun eine Entscheidung getroffen werden muss. Es kann nicht Aufgabe der Schule, der Lehrer und der Eltern sein, ein Konzept zu entwickeln wie sie ihre Schule erhalten können. Das Ob ist durch die Gremien der Stadt Varel zu entscheiden. In der Beschlussvorlage sind sehr viele Anregungen aus der Diskussionsrunde im Tivoli eingeflossen. U. a. wurden die Punkte - Übernahme von pädagogischen Konzepten - und - Bestandsgarantie für die 4. Klassen- in die Vorlage eingearbeitet. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Politik ob und wie die pädagogischen Konzepte übernommen werden zu regeln. Dieses kann allenfalls durch die Politik begleitet werden. Im Rahmen der Umsetzung der pädagogischen Konzepte wird man sehen, ob der dafür zeitlich vorgesehene Rahmen ausreicht. Für die Umsetzung des Konzeptes ist ein Grundsatzbeschluss erforderlich. Ähnlich wie Ratsherr Funke sieht es das Ausschussmitglied Bruns, dass die Eltern sich hervorragend für ihre Schule einsetzen. Diesen Einsatz von Eltern für ihre Schulen kann er aber auch für die anderen Grundschulstandorte feststellen. Für ihn sind nicht nur die Grundschulen Borgstede und Altjührden „Perlen“. Er gibt dem Aus-

schusssmitglied Eilers Recht, das der demografische Wandel mit der Ausweisung von 2 neuen Baugebieten nicht aufzuhalten ist. Von einst 1.900 Grundschulern werden 2018 noch ca. 700 Grundschüler prognostiziert. Dies ist eine Tendenz, der sich die Politik zu stellen hat. Zu betrachten sind nicht nur die zu schließenden Schulen sondern ebenfalls sind die aufnehmenden Schulen anzusehen. Auch diese Schulen sind langfristig abzusichern. Der Wunsch nach Fachkräften und einer guten Ausstattung soll umgesetzt werden. Hier ist die Überlegung anzustellen, wie dies funktionieren kann. Mit der Einführung der Inklusion werden alle Schulen entsprechend ausgestattet werden müssen. Mit der Erhaltung aller 8 Grundschulen ist die Stadt Varel verpflichtet, diese Schulen entsprechend auszustatten, so dass die Inklusion dort erfolgen kann. Auf der anderen Seite wird durchaus auch ein anderer Elternwille deutlich, der seine Kinder an anderen Grundschulen beschulen lassen will. Damit wieder Ruhe in die Schulen einkehrt, wird die Entscheidung über die Schließung von Grundschulstandorten getroffen.

Das hinzugewählte Ausschussmitglied Luque-Aleman bezieht sich auf die Äußerungen des Ausschussmitgliedes Eilers, dass sich alle Schulen auf den Weg machen sollten, eine Ganztagschule zu werden. Eine Befragung der Eltern aus den Bereichen der Grundschulstandorte Borgstede und Altjührden ergab, dass die Eltern aus dem ländlichen Bereich die Einrichtung einer Ganztagschule gar nicht wünschen. Sollte es zu der Aufgabe der betroffenen Grundschulstandorte kommen, so begrüßt sie es, dass die Übertragung der pädagogischen Konzepte auf die aufnehmenden Grundschulen durch die Bildungsregion begleitet werden soll. Sie bedauert dagegen sehr, dass der Vorschlag zur Schließung der Grundschulstandorte zum 01.08.2015 nicht aufgegriffen wurde. Sie ist der Ansicht, dass für die Übertragung der pädagogischen Konzepte die Zeitspanne von 1 ½ Jahren zu kurz ist. Sie macht sich Sorgen, ob der vorhandene Raumbedarf in der Grundschule Langendamms ausreichend ist. Für sie sollte zunächst erst ein Schließungskonzept erarbeitet werden. Danach kann über das „Ob“ entschieden werden.

Das Ausschussmitglied Toepler meldet sich zu Wort. Schulreformen haben die meisten bereits einmal erlebt. Bis diese jedoch umgesetzt und gelebt werden, braucht es seine Zeit. Die Zusammenführung zweier Schulen mit unterschiedlichen Profilen ist zeitintensiv. Die zum Teil sehr kontrovers geführten Diskussionen finden erst seit Mitte des Jahres statt. Die Zusammenarbeit der Schulleitungen ist derzeit blockiert. Die Übertragung der pädagogischen Konzepte können ihrer Meinung nach nicht durch die politischen Parteien begleitet werden. Diese Konzepte könnten allenfalls durch den Schulentwicklungsberater oder die Bildungsregion begleitet werden. Grundsätzlich hat diese Beratung sehr viel Unruhe in die Schulen gebracht. Mit Ausnahmeanträgen ist zum nächsten Schuljahr zu rechnen. Bei einer Schließung der Grundschulstandorte zum 01.08.2014 ist zu bedenken, wie mit den Einschulungen zum 01.08.2013 zu verfahren ist. Möglicherweise kann der Schulbetrieb zum 01.08.2013 nicht mehr aufrecht erhalten werden. Wichtige Themen wie die Inklusion und die Hochbegabtenförderung müssen geleistet werden. Die hier diskutierten Schulen haben sich gerade auf diese Themen spezialisiert. Aus der Elternbefragung ergibt sich dass die Einrichtung von Ganztagschulen gewünscht ist. Darauf sollte man hinwirken.

Der Ratsherr Funke macht deutlich, dass er mit der Aussage, dass Altjührden und Borgstede zwei konzeptionelle Perlen sind, einen Vater zitiert hat. Daraus einen Umkehrschluss zu ziehen, dass die anderen Grundschulen keine Perlen sind, ist für ihn nicht logisch. Auch für ihn sind die anderen Grundschulen „Perlen“. Bezeichnet für ihn ist die Aussage des Ausschussmitgliedes Bruns, dass zunächst das „Ob“ durch die Gremien der Stadt Varel entschieden werden soll. Über das „Wie“ soll dann diskutiert werden. Am Beispiel einer Schließung eines privaten

Betriebes macht Herr Funke deutlich, dass nicht zunächst über das ob sondern zuerst über das wie diskutiert werden sollte. Seiner Meinung nach ist eine Bringschuld gegeben. Die Verwaltung und die Politik haben zunächst noch offene Fragen in einem Konzept zu klären, bevor eine Entscheidung über die Schließung von Grundschulstandorten getroffen werden kann. Möglicherweise können Eltern dem dann auch zustimmen. Er zitiert die vom Ausschussmitglied Eilers getroffene Aussage, dass eine bestimmte Grundgröße vorhanden sein müsste, damit eine begabtegerechte Förderung gewährleistet ist. Für ihn muss jedoch eine begabtegerechte Förderung nicht zwingend von bestimmten Größen abhängig sein. Dieses dürfte von anderen Faktoren abhängig sein. Auch wenn ich privat diese Meinung habe, so dürfen diese persönlichen Meinungen nicht zum Maßstab von Entscheidungen im Rat gemacht werden. Auch in der Vergangenheit, als es um die Schließung des Schulstandortes der Hauptschule Obenstrohe ging, gab es Stimmen, die sich nicht für den Erhalt engagiert haben. Dennoch hat man für den Erhalt der Schule gekämpft. Er appelliert noch einmal an alle die Entscheidung heute zurückzustellen und zunächst das „wie“ zu entwickeln.

Der Ratsherr Langer möchte sich nicht zur Qualität von pädagogischen Konzepten der einzelnen Grundschulstandorte äußern. Es geht nicht darum, ob in der Grundschule Altjührden oder der Grundschule Borgstede gute oder schlechte Arbeit geleistet wird. Es geht um den Versuch die zukünftigen Entwicklungen zu beurteilen. Die Position des Arbeitskreises zur Situation der Hafenschule hat sich tatsächlich verändert. Für die anderen beiden Grundschulstandorte ergab sich keine Veränderung. Inzwischen wird jedoch darüber diskutiert, wie man zukünftig mit den veränderten Schülerzahlen umgehen will. Dies hat viele positive Ansätze. Auch er ist sich nicht sicher, ob die pädagogischen Konzepte bis 2014 übertragen werden können. Aus der jetzigen Situation heraus, kann er sich vorstellen, dass die Übertragung der Konzepte bis 2014 erfolgen kann. Einen Vergleich mit der Schließung der Hauptschule Obenstrohe kann er nicht ziehen, da es hier nicht um die Schließung einer Zwergenschule ging, auch wenn das Kultusministerium von einer kleinen Schule ausging. Wichtig ist es Klarheiten zu schaffen. Entscheidungen sollten nicht immer wieder geschoben werden.

Das Ausschussmitglied Eilers meldet sich noch einmal zu Wort. Auch für ihn haben die Schulen für dünn besiedelte Gebiete eine besondere Bedeutung. Im Ortskern der Stadt Varel findet man eine sehr große Ortsdichte vor. Daraus ergibt sich nicht zwingend, dass Grundschulen erhalten werden müssten. Die Konzentration von Kindergärten ist eine wesentlich geringere. Die Kindergärten dagegen werden zentral genutzt. Die Kinder aus dem Ortsteil Altjührden gehen in den Kindergarten Obenstrohe. Nach der Kindergartenzeit werden die Kinder dann auf die Grundschulstandorte Obenstrohe und Altjührden aufgeteilt. Soziale Verbindungen, die sich im Kindergarten gebildet haben, werden wieder getrennt. Das gleiche gilt für Borgstede und Dangastermoor. Ein weiteres grundsätzliches Problem ist, dass immer mehr Geschäfte aus den Ortschaften verschwinden. Dieses steht aber mit dem eigenen Verhalten in Verbindung. Diesen Trend entgegensteuern zu wollen, in dem man Grundschulen erhalten will, hält er für nicht Ziel führend. Sollte die Entscheidung über die Schließung von Grundschulstandorten nur vom Elternwillen abhängig gemacht werden, so wird ein geordneter Schulbetrieb nicht möglich sein. Konsequenterweise müssten bei unterschiedlichen Schulstrukturen die Schuleinzugsgebiete aufgehoben werden und nur der Elternwille ist dann ausschlaggebend. Auch dieses macht die kleinen Schulen anfällig. Ein geordneter Schulbetrieb wird dann nicht mehr möglich sein. Es kann dazu führen, dass man die Schulen gegeneinander ausspielt. Ein Wettbewerb unter geordneten Bedingungen könnte als zulässig angesehen werden. Unter Einbeziehung der Schulleitung, der Eltern sowie der Politik konnte bisher ein Konzept nicht erarbeitet wer-

den, da die Schulleitungen sowie die Eltern konträr gegenüberstanden. Bei der Umsetzung des Konzeptes muss es darum gehen, die einzelnen Parteien zusammen zu führen. Er kann nachvollziehen, dass die dafür zur Verfügung stehende Zeit unter Umständen zu kurz ist. Wenn man aus diesem Grunde gegen die Schließung der Grundschulstandorte ist, so kann er diese Haltung nachvollziehen. Die Haltung der Fraktion ZUKUNFT VAREL grundsätzlich erst eine Schließung 2018 in Betracht zu ziehen, hält er für verantwortungslos.

Das Ausschussmitglied Redeker überrascht es, dass bei dieser Diskussion so getan wird, als schließe man das erste Mal eine Grundschule. Er erinnert an die Schließungen der Grundschulen Dangast, Moorhausen, Seghorn, Grünenkamp, Jeringhave, Rosenberg und Neuenwege. Auch wird hier es Diskussionen zur Schließung dieser Grundschulen gegeben haben. Ausschlaggebend waren auch hier die aktuellen Schülerzahlen. Mit Schließung dieser Grundschulen starben die Dörfer nicht.

Das Ausschussmitglied Engstler appelliert, dass man sich auf die Datenbasis beziehen soll. Man sollte noch einmal die zu erwartenden Schülerzahlen in 2014 betrachten. Es sollte darauf geachtet werden, dass die betreffenden Schulen auch wirklich zusammengeführt werden können. Gleiches gilt für die Elternbefragung, wenn es um die Einrichtung von Ganztagschulen geht. Auch in Altjührden wird die Einführung einer Ganztagschule von 40 % der Eltern gewünscht. Der Zeitraum von 1 ½ Jahren zur Übertragung der pädagogischen Konzepte auf die neuen Schulstandorte hält das Ausschussmitglied Engstler für ausreichend. An allen 4 betroffenen Schulstandorten gibt es Schulleiter, die innovativ handeln und denen sie die Umsetzung der Konzepte zutraut. Der Fragebogen gibt aber auch her, dass die Eltern aus dem Bereich der Grundschule Langendamms einer Eingangsstufe eher skeptisch gegenüber stehen. Hier müssen sich die Borgsteder und Langendamms zusammenschließen, um alternative Konzepte zu erarbeiten, die das dann ermöglichen.

Herr Beier stellt noch einmal dar, dass die Entscheidung über Schulschließungen eine perspektivische Entscheidung ist. Zurzeit sieht man sich die einzelnen Standorte an und beurteilt wie gut die einzelnen Schulen im Moment arbeiten. Bei einer perspektivischen Betrachtungsweise sollte man darauf achten, festzustellen wie sich dieses in den nächsten Jahren in den kleinen Schulen verändern könnte. Dies ist genau die Aufgabe der Politik. Hier sollte darauf geachtet werden, ob die jetzige Schulpolitik auch weiterhin so beibehalten werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits genannten Problembereiche der Ausstattung einer Ganztagschule, Inklusion und die Hochbegabung. Vor diesem Hintergrund sollte eine Entscheidung getroffen werden. Die zurzeit herrschenden Unklarheiten an den einzelnen Standorten wirken sich nicht positiv aus. Aus seiner Erfahrung heraus werden nach einer getroffenen Beschlussfassung die umzusetzenden Maßnahmen angegangen. Auch Herr Beier ist der Auffassung, dass in einem Zeitraum von 1 ½ Jahren angestrebte Veränderungen gemeinsam umgesetzt werden können, wenn es dann auch gewünscht ist.

Ratsherr Böcker vertritt den Standpunkt, dass alle Grundschule so lange wie möglich erhalten bleiben sollten. Der demografische Wandel ist jedoch ein Grund von möglichen Veränderungen. Er könnte sich vorstellen, wenn er abstimmen dürfte, einer Schließung der Grundschulstandorte zum 01.08.2015 zuzustimmen. Seiner Meinung stirbt auch kein Dorf mit der Schließung von Grundschulen. Er ist jedoch verunsichert, ob die Übertragung der pädagogischen Konzepte, auch vor dem Hintergrund der Inklusion, in der gewünschten Qualität bis 2014 erfolgen kann. Aus diesem Grund sollte man einer Schließung der Grundschulstandorte Altjühr-

den und Borgstede erst zum 01.08.2015 zustimmen.

Für das Ausschussmitglied Bruns erteilt man mit der heutigen Beschlussfassung den Auftrag ein Konzept bis 2014 zu entwickeln, einen möglichst sauber gesteuerten Übergang für die Schulen zu erreichen. Dieses ist für ihn ein konkreter Konzeptauftrag. Er hält es für falsch, ein Konzept zu entwickeln, ohne die Rahmenbedingungen gestellt zu haben. Mit der Beschlussvorlage wurde versucht, die Dinge einzubringen, die im Detail abgearbeitet werden müssen, jedoch mit einer klaren Zielsetzung. Sollten die Rahmenbedingungen dann nicht umsetzbar sein, so wird man neu über die Rahmenbedingungen nachdenken müssen.

Das hinzugewählte Ausschussmitglied Luque-Aleman stellt dar, dass keine Klarheit herrscht, wenn man zunächst die Schließung der Grundschulstandorte beschließt und erst danach ein Konzept zur Schließung entwickelt. Ein Dorf ohne eine Grundschule ist unattraktiv. Gespräche zwischen der Grundschule Langendamm und der Grundschule Borgstede finden statt. In Altjührden finden diese Gespräche offensichtlich nicht statt. Hier wäre ein Konzept im Vorfeld sicherlich hilfreich. Sie ist darüber verwundert, dass die Gespräche in 2009 ohne die Erstellung eines Konzeptes eingestellt wurden. Sie appelliert ebenfalls noch einmal an alle, erst eine Schließung der Grundschulstandorte zum 01.08.2015 zu beschließen, damit ein geordneter Übergang stattfinden kann.

Das Ausschussmitglied Kickler erinnert an die Diskussionen von 2009. Nach der heutigen Diskussion um die erneuten Grundschulschließungen stellt sich für ihn die Frage, ob eine Schließung zum 01.08.2014 erfolgen muss. Vor dem Hintergrund, dass einmal geschlossene Schulen nicht wieder geöffnet werden, sollte man dem Wunsch nachkommen, erst zum 01.08.2015 zu schließen.

Herr Beier nimmt abschließend Stellung zu den Äußerungen des hinzugewählten Ausschussmitgliedes Luque-Aleman. Ohne einen Beschluss wird man keine vernünftige Konzeptarbeit beginnen können. Die Konzeptarbeit in Borgstede/Langendamm wird sicherlich eine andere sein als die von Altjührden und Oberstrohe. Am Beispiel der Inselschule Wangerooge und der Grundschule Wangerooge macht er deutlich, dass die Zusammenführung dieser Schulen und ihrer Konzepte ca. 1 Jahr gedauert hat. Auch dieses Projekt hat die Bildungsregion Friesland begleitet. Er ist sich daher sicher, dass die genannte Zeitspanne ausreicht, den Übergang der Schulen konzeptionell auszuarbeiten. Auf Nachfrage von dem Ausschussmitglied Engstler, ob freie Ressourcen bei der Bildungsregion Friesland vorhanden sind, diese Prozesse zu begleiten, teilt Herr Beier mit, dass er bereit wäre, diese Aufgabe zu übernehmen.

Einvernehmlich einigt sich der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport darauf, einen aus dem Publikum gemachten Kompromissvorschlag anzuhören.

Der Einwohner schlägt vor, den Beschlussvorschlag abzuändern. Die Schließung der Grundschulstandorte Borgstede und Altjührden erfolgt spätestens zum 01.08.2015, um sicherzustellen, dass die Übertragung der pädagogischen Konzepte in einem zeitlich angemessenen Rahmen erfolgen kann. Sollte eine Übertragung der pädagogischen Konzepte bereits zum Schuljahr 2014/2015 erfolgt sein, so werden die Grundschulstandorte Borgstede und Altjührden zum 01.08.2014 geschlossen.

Das Ausschussmitglied Bruns stellt den Antrag die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen. Bei 2 Stimmenthaltungen wird beschlossen, die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport für 10 Minuten zu unterbrechen.

Danach teilt das Ausschussmitglied Bruns mit, dass über den Kompromissvorschlag erneut diskutiert wurde. Die Mehrheitsgruppe ist jedoch der Auffassung, dass der Zeitraum von 1 ½ Jahren für die Übertragung der pädagogischen Konzepte ausreichend ist.

**4.1.1 Beschluss 1 - 1. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/1**

Beschluss:

Ein Beschluss über die Auflösung der Grundschulstandorte Altjührden und Borgstede wird nicht gefasst.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 1**

**4.1.2 Beschluss 2 - 2. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/2**

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zusammen mit den Schulleitungen, Eltern und Lehrerinnen Konzepte zu entwickeln, welche die Grundschulstandorte Altjührden und Borgstede sichern.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 1**

**4.1.3 Beschluss 3 - 3. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/3**

Beschluss:

Es sind die Kosten zu ermitteln, die für Investitionen an anderen Schulen (z.B. Langendamm und Obenstrohe) und für die Schülerbeförderung entstehen, wenn die Schulstandorte Altjührden und Borgstede aufgelöst werden. Die Kostenermittlung ist dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vorzulegen.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen
Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 1**

**4.1.4 Beschluss 4 - 4. Änderungsantrag ZUKUNFT VAREL
Vorlage: 464/2012/4**

Beschluss:

Rat und Verwaltung werden aufgefordert zu prüfen, inwiefern durch Ausweitung von Baugebieten (auch vor dem Hintergrund von Betriebsansiedlungen im Zuge des Jade-Weser-Ports) der Zuzug junger Familien in den Einzugsbereichen der Schulen Altjührden und Borgstede gefördert werden kann (z. B. Vergabe von Grundstücken und Erbpacht).

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 3 Nein: 8 Enthaltungen: 1

4.1.5 Beschluss 5 - Grundsatzbeschluss über Standorte und Einzugsbereiche der Grundschulen im Bereich der Stadt Varel
Vorlage: 464/2012

Beschluss:

Gemäß § 106 Abs. 1 NSchG werden zum 01.08.2014 die Grundschule Altjührden und die Grundschule Borgstede aufgehoben. Die Grundschule Altjührden wird mit der Georg-Ruseler-Schule, Grundschule Obenstrohe, die Grundschule Borgstede wird mit der Grundschule Langendamm zusammengelegt. Die jeweilige Zusammenlegung erfolgt sowohl für die Einzugsbereiche als auch für die Gebäudenutzung (künftig nur noch Standorte in Obenstrohe und Langendamm). Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Genehmigung der Schulbehörde nach § 106 Abs. 8 NSchG einzuholen.

Über die förmliche Dokumentation der Festlegung der Einzugsbereiche der Grundschulen in der Trägerschaft der Stadt Varel nach § 5 Abs. 1 der Verordnung für die Schulorganisation (SchOrgVO) in Verbindung mit § 106 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 NSchG wird gesondert entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Beschlussfassung des Rates der Stadt Varel umgehend vorzubereiten.

Die Schulleitungen der von der Zusammenlegung betroffenen Grundschulen werden gebeten, baldmöglichst gemeinsam mit der Vorbereitung der Zusammenführung (insbesondere der Entscheidung über die Verwendung von evtl. unterschiedlichen pädagogischen Konzepten) zu beginnen.

Die Bildungsregion Friesland wird gebeten, die für die Zusammenlegung der Grundschulen notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen zu begleiten und zu unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die von den Schulen und insbesondere von den Elternvertretungen der Schulen vorgetragene Wünsche und Notwendigkeiten hinsichtlich der Zusammenführung von Klassenverbänden (insbesondere die Frage eines Bestandsschutzes der Klassen 4) sowie einer evtl. für notwendig gehaltenen Übernahme von Lehrkräften in die aufnehmenden Schulen abschließend mit der Landesschulbehörde zu erörtern und eine pädagogisch sinnvolle Regelung herbeizuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Frage der Nachnutzung der Gebäude der Grundschulen Altjührden und Borgstede mit den Interessenten abschließend zu

klären und den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Varel zur Entscheidung vorzulegen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 9 Nein: 3

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

6 Zur Kenntnisnahme

6.1 Durchführung einer Elternbefragung - Bekanntgabe der Ergebnisse Vorlage: 463/2012

Die Verwaltung trägt zu den Ergebnissen der Elternbefragung vor. Die zahlenmäßige Ausarbeitung der Ergebnisse der Elternbefragung wurde der Einladung als Anlage beigefügt. Verwaltungsseitig wurden keine besonderen Ausführungen zu den Ergebnissen gemacht. Die fachlichen Kompetenzen obliegen hier bei der Bildungsregion Friesland in Person von Herrn Beier.

Herr Beier weist auf den Stellenwert einer Elternbefragung hin. Es geht in einer solchen Befragung nicht darum festzustellen, ob eine Schule gut bzw. schlecht gearbeitet hat. Dieses ist Aufgabe der Schulinspektion. Die von der Bildungsregion ausgesuchten Fragen sind ein wichtiger Baustein für eine grundlegende Entscheidung. Betrachtet man die Ergebnisse der Schulen und der Kindertagesstätten, so weichen die Zahlen in den wesentlichen Themenbereichen nicht voneinander ab. Der Rücklauf von 46 % sollte nicht bewertet werden. Auffällig ist ein nur 20 %iger Rücklauf im Bereich der Grundschule Borgstede.

Betrachtet man die Fragen im Einzelnen so muss man feststellen, dass die Nähe zur Schule zum Wohnort für fast 90 % der Eltern sowohl aus dem Kindertagesstättenbereich als auch aus dem Grundschulbereich wichtig ist. Dies ist eine grundlegende Aussage, die zur Kenntnis zu nehmen ist. Dieses war aber auch zu erwarten. Auffällig ist hier ein geringer Prozentsatz im Bereich der Grundschule Altjührden. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass es bereits jetzt schon viele Fahrschüler gibt.

Die Nähe der Kindertagesstätte zur Schule ist für ca. 50 % der Eltern wichtig. Es gibt jedoch eine Reihe von Eltern, für die die Nähe der Kindertagesstätte zur Schule keinen besonderen Stellenwert hat.

Einen hohen Stellenwert hat die Ausstattung der Schulen. 95 % der Eltern aller Grundschulstandorte halten dies für wichtig oder sehr wichtig. Für 90 % der Eltern ist die Medienausstattung ebenfalls wichtig. Dieses macht deutlich, dass die Eltern sich gut ausgestattete Schulen mit den entsprechenden Fachräumen wünschen.

Die Frage nach den Kombiklassen ist nicht eindeutig. Aber auch dies war zu erwarten. Seiner Meinung nach wird der Kombiklasse und der Eingangsstufe ein viel

zu hoher Stellenwert beigemessen. In beiden Formen kann sehr gute pädagogische Arbeit geleistet werden. Ein Nachweis, in welcher der beiden Formen die bessere Arbeit geleistet wird, kann nicht geführt werden. Im Bereich des Landkreises Friesland gibt es nur 3 Schulen, die die Eingangsstufe haben. Die Frage stellt sich hier, ob die übrigen Grundschulen es nicht wollen bzw. es nicht können. In einer gut vorbereiteten Eingangsstufe kann gute Arbeit geleistet werden. Die Einführung einer Kombiklasse ist einem hohen Prozentsatz an Eltern egal. Ähnlich verhält es sich mit der Einführung einer Eingangsstufe. Ca. 64 % der Eltern ist dies nicht wichtig. Herr Beier vermutet jedoch, dass die meisten dieser Eltern sich mit der Thematik nicht beschäftigt haben.

Die Erteilung des Unterrichtes durch Fachlehrer wird von 88 % der Eltern als sehr wichtig eingestuft. Dies bedeutet der Unterricht soll von einer Lehrkraft erteilt werden, die das entsprechende Fach studiert hat. Ein sehr hoher Anteil wünscht sich die Fachkompetenz.

Das Profil einer Schule spielt bei den meisten Eltern keine so wesentliche Rolle.

Das Ganztagsangebot wird von 73 % aller Eltern als wichtig erachtet. Auffällig ist hier der Bereich der Grundschule Obenstrohe. Bislang ist die Grundschule Obenstrohe noch keine Ganztagschule. Aber 75 % der Eltern wünschen sich auch hier die Einrichtung eines Ganztagsangebotes. Hier wird man sich Gedanken machen müssen, wie man mit diesem Ergebnis verfahren soll.

Die Hortbetreuung gegen Kostenbeteiligung wird sehr unterschiedlich gesehen. Insbesondere im Bereich des Einzugsgebietes der Grundschule am Schlossplatz wird eine solche Hortbetreuung mit 61 % gewünscht. An anderen Standorten wird die Hortbetreuung als nicht so wichtig angesehen.

Zur Frage, warum einige Elternteile mehrere Fragebögen erhalten haben, teilt die Verwaltung Folgendes mit. Die von den Grundschulen benannten Erziehungsberechtigten der Klassenstufen 1 bis 3 haben unterschiedlich farbige Fragebögen erhalten. Daneben haben alle Erziehungsberechtigten von Kindern aus Kindertagesstätten des sogenannten Brückenjahres ebenfalls einen Fragebogen erhalten. Hier wurde auf den Datenbestand des Einwohnermeldeamtes der Stadt Varel zurück gegriffen, da die Kindertagesstätten mitteilten, dass nicht alle Kinder des betreffenden Jahrganges in Kindertagesstätten untergekommen sind. In einigen wenigen Fällen ist es dazu gekommen, dass Kinder vorzeitig eingeschult wurden und deshalb doppelt mit Fragebögen versorgt wurden. Die Erziehungsberechtigten waren sowohl im Datenbestand der Schule als auch im Datenbestand des Einwohnermeldeamtes erfasst. In Kenntnis dieser Möglichkeit ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass nur der zutreffende Fragebogen zurückgesandt wird.

**6.2 Antrag TuS Varel 09 auf Errichtung eines Großfeldes auf dem Deharde Sportplatz
Vorlage: 487/2012**

Die Verwaltung teilt mit, dass der TuS Varel 09 einen Antrag zur zukünftigen Nutzung der Sportanlage an der Windallee /Deharde Platz eingereicht hat. Dieser Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zur Beglaubigung:

gez. Djure Meinen
(Vorsitzende/r)

gez. Sabine Spranger
(Protokollführer/in)